

Frank Priess **Argentinien –  
Enttäuschung nach  
einem Jahr  
Regierung de la Rua**

So hatten sich die Argentinier die Bilanz nach einem Jahr der Regierung von Fernando de la Rua, den sie im Oktober 1999 mit so vielen Hoffnungen an die Spitze des Staates gewählt hatten, wohl nicht vorgestellt: Kein Ende der Rezession, die sich jetzt ins dritte Jahr schleppt, eine nach wie vor bei über 15 Prozent stagnierende und in manchen Bereichen sogar deutliche steigende Arbeitslosenquote, Steuererhöhungen und gleichwohl ein deutliches Haushaltsdefizit, Nullwachstum und heftiger Streit in der fragilen Koalition aus Radikaler Bürger-Union (UCR) und dem linken Frente para un País Solidario (FREPASO). Die Folge: Eine pessimistische Grundstimmung in Staat und Gesellschaft, die selbst in dem durch eine ausgeprägte Tango-Mentalität geprägten La Plata-Staat ungewöhnliche Ausmaße erreicht hat. Und was psychologisch vielleicht noch schlimmer ist: Auch an der „ethischen Front“ gab es keine Verbesserungen. Vielmehr erschütterte ein Bestechungsskandal das Land, der sowohl Regierungsmitglieder als auch Senatoren unterschiedlicher Parteien in Verdacht brachte. Der Rücktritt des Vizepräsidenten Carlos „Chacho“ Alvarez, des Parteichefs des kleineren Koalitionspartners FREPASO, war da nur das Tüpfelchen auf dem „i“ eines für die neue Führung total verkorksten Jahres.

Präsident Fernando de la Rua wurde dabei Opfer seiner eigenen Wahlkampagne, die mit hohem Marketingeffekt den Wandel in Stil und Politik versprochen hatte. Obwohl eigentlich ein bekannter Exponent des niedrigen Profils – in seinen langen Jahren als Senator und schließlich als Bürgermeister von

**Gut ein Jahr nach der Wahl des seit Ende 1999 regierenden Präsidenten de la Rua könnte die Enttäuschung der Argentinier über dessen Amtsführung nicht größer sein. Anhaltende Rezession, hohe Arbeitslosigkeit und fehlendes Wirtschaftswachstum sind ebenso Anzeichen einer verfehlten Politik wie das sich verschärfende soziale Ungleichgewicht, der fortschreitende Niedergang des argentinischen Mittelstands oder die unübersehbare innere Zerrissenheit der Regierungskoalition aus UCR und FREPASO selbst. Vollends ruiniert wird das Ansehen der derzeitigen Landesführung durch das „süße Leben“ der Reichen, das öffentlich zu genießen sich auch Mitglieder der Präsidentenfamilie nicht scheuen, sowie durch den Senatsskandal, in dem Angehörige der Exekutive ein regierungskonformes Votum vorwiegend oppositioneller Senatoren erkaufen haben sollen. Da auch die durch den Rücktritt von Vizepräsident Alvarez ausgelöste Kabinettsumbildung das Ansehen der Führung in Buenos Aires nicht verbessern konnte, werden wohl die für Oktober 2001 vorgesehenen Wahlen zu Senat und Abgeordnetenhaus zeigen, welcher der derzeit als Präsidentschaftskandidat gehandelten Gouverneure tatsächlich Chancen hat, den glücklosen de la Rua künftig zu beerben.**

Buenos Aires fiel de la Rúa nie durch besondere Dynamik, Entscheidungsstärke und Visionen auf – wurde in seinem neuen Amt genau dies von ihm erwartet. Die von seinem Vorgänger Carlos Saul Menem liberalisierte und deregulierte Wirtschaft nun mit einem sozialen Antlitz zu versehen, ihre Wohltaten auch zu den bisher eher ausgeschlossenen sozialen Gruppen vordringen zu lassen und gleichzeitig selbst durch Bescheidenheit, Ehrlichkeit und Transparenz ein Zeichen für den Rest der Gesellschaft zu setzen – in diesen Erwartungen und Versprechungen lagen ein großer Teil seines Wahlerfolges begründet. An allen diesen Fronten gab es Misserfolge.

■ Nach einem ersten Kassensturz begann die neue Regierung sofort, von den schweren Erblasten zu sprechen, die ihnen die Vorgängerregierung hinterlassen habe. So schwarz wurde die Lage der öffentlichen Finanzen gemalt, dass nur ein Steuererhöhungsprogramm kurzfristig zu helfen schien, das dann auch schnell in die Tat umgesetzt wurde, der sogenannte *impuestazo*.

Nach einem ersten Kassensturz begann die neue Regierung sofort, von den schweren Erblasten zu sprechen, die ihnen die Vorgängerregierung hinterlassen habe. So schwarz wurde die Lage der öffentlichen Finanzen gemalt, dass nur ein Steuererhöhungsprogramm kurzfristig zu helfen schien, das dann auch schnell in die Tat umgesetzt wurde, der sogenannte *impuestazo*. Betroffen war dabei allerdings in besonderem Maße die ohnehin schon arg gebeutelte und in Argentinien traditionell starke Mittelklasse, Arbeiter und Angestellte, die mehr als 1000 Pesos (= US-Dollar) monatlich nach Hause bringen. Den „Besserverdienenden“, solchen mit Einkommen von über 1500 Pesos monatlich (nach Erhebungen des Statistischen Amtes INDEC rund 17 Prozent der Bevölkerung), wurden sogar noch deutlich höhere Lasten auferlegt. Bei den öffentlich Bediensteten dieser Gehaltsgruppen kam es zudem zu dekretierten Gehaltskürzungen erheblichen Umfangs. Ein solches Panorama ließ dann kaum Spielraum für Optimismus, gesteigerten Konsum oder die Aufnahme neuer Kredite. Erste Anzeichen einer Wirtschaftserholung wurden im Keim erstickt.

Die sozialen Folgen sind nachhaltig spürbar: Nach Angaben des argentinischen Maklerverbandes zahlen nur noch 60 Prozent der Mieter ihre Miete wie vereinbart, 25 Prozent zahlen mit Verspätung oder reagieren mit Neuverhandlungen der Tarife, fünf Prozent der Mietverträge enden vor Gericht. Mit ähnlichen Situationen sehen sich auch die zahlreichen privaten Schulen und Kindergärten konfrontiert, in die viele Argentinier den Nachwuchs angesichts einer immer desolater werdenden Lage in den öffentlichen Ein-

richtungen schicken: viele Institute mussten im Jahr 2000 ihre Pforten schließen, andere überleben mit einer hohen Zahl von „Stundungen“ oder einem stark erweiterten Stipendiensystem. Die Zahl der „Rückkehrer“ aus dem privaten in das öffentliche Schulwesen steigt.

### ■ Die Armut nimmt zu

Die jüngste Armutsstatistik der Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) weist nach, dass noch 1980 die Zahl der Haushalte, die unter der Armutsgrenze lagen, in Argentinien nicht die Fünf-Prozent-Marke überschritten hatte. Im schlimmsten Jahr der Hyper-Inflation, 1990, war der Anteil bereits auf 16 Prozent gestiegen, ging dann etwas zurück, allerdings nur, um am Ende der Tequilakrise wiederum 13 Prozent zu erreichen – ein Wert, der seitdem nicht wieder gesunken ist. Dabei leben 5,4 Prozent der Argentinier, mit erheblichen Unterschieden in den verschiedenen Landesteilen, mit weniger als einem Dollar pro Tag. Argentinien ist inzwischen auf Platz 39 des Lebensqualitätsrankings der Vereinten Nationen zurückgefallen und befindet sich auf einem Stand, den die entwickelte Welt bereits vor 25 Jahren erreicht hatte. Staaten wie Singapur, Süd-Korea und Portugal, die 1975 noch hinter Argentinien lagen, sind inzwischen vorbeigezogen.

Auch das immer schon vorhandene Ungleichgewicht bei der Verteilung von Einkommen und Reichtum hat sich weiter vergrößert. Inzwischen verfügen die reichsten zehn Prozent der argentinischen Bevölkerung über 36 Prozent des Nationaleinkommens, während die unteren 40 Prozent der Einkommenspyramide gemeinsam nur auf 15 Prozent kommen. Beigetragen hat zu der Situation nicht zuletzt die Arbeitslosigkeit. Der Wettbewerb um die wenigen freien Stellen hat aber auch dazu geführt, dass ein erheblicher Gehaltsdruck auf die Beschäftigten ausgeübt wird und kaum jemand die gewohnten Einkommenshöhen halten kann. Eine Erhebung des nationalen Statistikamtes INDEC ermittelte für die Arbeitnehmer im Großraum Buenos Aires für das Jahr 1999 durchschnittliche Einkommenseinbußen von rund sieben Prozent, im Jahr 2000 hat sich dies noch verschlimmert: Viele Firmen verlangen von ihren Beschäftigten die Zustimmung zu Lohnkürzungen; be-

■ Die jüngste Armutsstatistik der Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) weist nach, dass noch 1980 die Zahl der Haushalte, die unter der Armutsgrenze lagen, in Argentinien nicht die Fünf-Prozent-Marke überschritten hatte.

gründet wird dies immer mit der allgemeinen Wirtschaftslage und der scharfen Konkurrenz. Innerhalb eines Jahres gingen im genannten Gebiet 42 000 industrielle Arbeitsplätze verloren. 23 000 Menschen verloren im Dienstleistungsbereich ihren Job. Viele andere aber mussten ihre Arbeitsstunden erheblich reduzieren, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Einkommen.

Angesichts von parallelen Verschlechterungen im Bildungs- und Gesundheitssektor wundert es nicht, dass von den rund 33 Millionen Einwohnern des Landes inzwischen vier Millionen als funktionale und eine weitere Million als totale Analphabeten einzustufen sind. Die Lebenserwartung liegt im Landesdurchschnitt bei 72 Jahren: Dabei kommen allerdings die Einwohner der Provinz Formosa nur auf 69,4 Jahre, während die des Bundesstaates La Pampa mit 74,8 durchschnittlichen Lebensjahren rechnen können. Während Formosa aber im Durchschnitt nur 360 Dollar jährlich für die Gesundheit pro Einwohner aufwendet, sind es im Großraum Buenos Aires immerhin 1500 Dollar. Allein daran wird die Ungleichheit der Lebensverhältnisse zwischen den verschiedenen Regionen des Landes und nicht zuletzt das hohe Konzentrationsniveau auf die Hauptstadt und ihr Umfeld deutlich.

Besondere Problemgruppen stellen, wie überall in Armutssituationen, die Alten und die Kinder dar:

■ Eine Studie im Auftrag der Universität von Buenos Aires wies nach, dass 34,5 Prozent der rund fünf Millionen Menschen über 60 Jahren in Argentinien keinerlei Rentenzahlungen erhalten. Diese Zahl dürfte sich künftig noch gewaltig erhöhen, da laut Statistik etwa 3,3 Millionen arbeitende Menschen derzeit keiner sozialversicherten Tätigkeit nachgehen.

Eine Studie im Auftrag der Universität von Buenos Aires wies nach, dass 34,5 Prozent der rund fünf Millionen Menschen über 60 Jahren in Argentinien keinerlei Rentenzahlungen erhalten. Diese Zahl dürfte sich künftig noch gewaltig erhöhen, da laut Statistik etwa 3,3 Millionen arbeitende Menschen derzeit keiner sozialversicherten Tätigkeit nachgehen. Und die gezahlten Renten sind schon niedrig genug: Zwei Drittel von ihnen liegen unter 300 Dollar monatlich, bei einem Preisniveau, welches das der Bundesrepublik Deutschland um mindestens dreißig Prozent (so der aktuelle Kaufkraftausgleich des Statistischen Bundesamtes für Argentinien) übersteigt.

Armut ist auch der zentrale Grund für die zunehmende Kinderarbeit im Lande: 252 000 Kinder zwischen sechs und 14 Jahren gehen, so der Soziologe Artemio López, einer Arbeitsbeschäftigung nach. Von den 4,5 Millionen Argentinern unter 14 Jahren stuft

er rund 45 Prozent nach den gängigen Kriterien als arm ein. Gerade bei ihnen ist auch die Zahl der Schulabbrecher überproportional hoch, genauer gesagt um 1063 Prozent höher als bei Kindern aus nicht-armen Haushalten. Bettelnde Kinder, solche, die Türen öffnen, Schuhe putzen und die Scheiben der Autos säubern, gehören inzwischen vielerorts zum Straßenbild. Einzelne Industriezweige, zum Beispiel die Tabak-Industrie in Salta, sind als Arbeitgeber besonders im Blickfeld von UNICEF und anderen Organisationen, die sich den Schutz der Kinder zur Aufgabe gemacht haben.

„Der klassische argentinische Mittelstand“, so der Analytiker und Chef des Centros de Estudios Unión para la Nueva Mayoría, Rosendo Fraga, „hat sich inzwischen dreigeteilt.“ Während sich ein oberer Teil erfolgreicher *profesionales* und Selbständiger jetzt mit Reisen nach Europa, Importautos und einem Haus im Country-Club zur oberen Mittelklasse rechnen könne und ein unterer Teil in die strukturelle Armut abgeglitten sei, kämpfe die mittlere Mittelklasse – abhängig Beschäftigte, Staatsbedienstete, Industrie- und Dienstleistungsangestellte – um ihren Besitzstand. „Die Realität“, so schon ein Bericht der Zeitschrift *Noticias* vom 23. Dezember 1999, „weist darauf hin, dass die argentinische Mittelschicht mehr als jede andere das Opfer der wirtschaftlichen Anpassungen und Nicht-Anpassungen der letzten 25 Jahre geworden ist.“ Vor allem habe sich der Wettbewerbsdruck der letzten Jahre bei den kleinen und mittleren Unternehmen entsprechend ausgewirkt. So steht in allen Umfragen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei einer Bevölkerung oben an, die inzwischen mehrheitlich auch unter der neuen Regierung nicht an eine rasche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Landes glaubt. Das Verschwinden der Inflation – die Lebenshaltungskosten lagen nach Angaben des INDEC für das Jahr 2000 um 0,7 Prozent unter denen des Vorjahres – wird dabei mittlerweile als selbstverständlich hingenommen.

■ „Der klassische argentinische Mittelstand“, so der Analytiker und Chef des Centros de Estudios Unión para la Nueva Mayoría, Rosendo Fraga, „hat sich inzwischen dreigeteilt.“

### ■ Rückzugsgefecht der Gewerkschaften

So wird auch verständlich, warum der Kampf um eine Flexibilisierung der Arbeitsgesetzgebung im Jahr 2000 mit besonderer Härte geführt wurde: Während

man im Wirtschafts- und Arbeitsministerium entsprechende Maßnahmen, vor allem

- die Verlängerung der Probezeit für neue Arbeitsverhältnisse auf sechs Monate im Industriebereich und auf zwölf Monate bei Kleinunternehmen;
- die Regelung, dass die augenblicklich geltenden kollektiven Tarifverträge komplett zur Disposition und Neuverhandlung gestellt werden und bei Nichteinigung innerhalb von zwei Jahren ein Schiedsverfahren vorgesehen ist,

für die Wettbewerbsfähigkeit Argentiniens als unverzichtbar ansieht und damit entsprechende Signale an Investoren in aller Welt senden will, liefen die Gewerkschaftsdachverbände Sturm. Sie befürchten, dass noch mehr Dauer-Beschäftigte in Teilzeitarbeit abgedrängt werden, längere Probezeiten zu Misbräuchen einladen und die generelle Überprüfung von Tarifverträgen nur Verschlechterungen mit sich bringen kann.

Für eine Auseinandersetzung aber sind die Gewerkschaften schlecht gerüstet: Ihr öffentliches Prestige ist gering, viele Bürger gehen davon aus, dass ihre Funktionäre nur die eigenen Interessen verteidigten. Eine allerdings auf schwachen statistischen Füßen stehende Umfrage des Instituts Mora y Araujo, von Präsident de la Rúa genüsslich zitiert, gibt dieser Haltung eine Zustimmung von 84 Prozent. Ähnlich große Mehrheiten finden sich dafür, Tarife künftig regional auszuhandeln, zwischen Regionalgewerkschaften und einzelnen Arbeitgebern oder auf Betriebsebene. Gehässige Kommentare über golfspielende Gewerkschafter, Arbeiterführer in Armani -Anzügen mit Karibik- und Punta del Este-Urlaub und Haus im Country-Club häufen sich.

Immerhin gelang es ihnen, mit den ersten Generalstreiks nach den in dieser Hinsicht ruhigen Jahren der Menem-Regierung, mehrmals das Land weitgehend lahm zu legen. Dass dafür weniger die massive Mobilisierungskraft der Gewerkschaften als vielmehr die Angst vor Repressalien bei Bus-, Bahn- und Taxifahrern ausschlaggebend war und viele Arbeitnehmer angesichts fehlenden öffentlichen Nahverkehrs nicht an ihre Arbeitsplätze gelangen konnten, ist dabei allerdings wohl mehr als ein Schönheitsfehler. Schon jetzt hat der Dachverband CGT aber ange-

kündigt, Anfang März 2001 und direkt nach Ende der Ferienzeit eine Neuauflage zu versuchen, um die Regierung zur Abkehr von ihrer Wirtschaftspolitik zu bewegen.

### ■ Das süße Leben der Mächtigen

Angesichts des bewegten sozialen Umfeldes und unpopulärer Maßnahmen erhöhte sich der Druck auf die Regierung, Dissidenten in den eigenen Reihen machten ihr das Leben innerhalb und außerhalb des Parlamentes zum Teil schwerer als die Opposition. Und überraschenderweise bröckelte auch die symbolische Legitimation, die ihr das Versprechen eines neuen Regierungsstils seit dem Wahlkampf gegeben hatte.

Ausgerechnet Präsidentensohn Antonio war es, der als erster für Schlagzeilen sorgte: Ein Auftritt des kolumbianischen Latino-Pop-Stars Shakira in Buenos Aires brachte ihn emotional so aus dem Gleichgewicht, dass er die junge Sängerin gleich über mehrere Folge-Stationen begleitete und, von der Regenbogenpresse genüsslich dokumentiert, bei deren Eltern vorsprach. Heiraten sie oder heiraten sie nicht, das ist die Frage, die Argentinien jetzt bewegt. War sich früher die Menem-Tochter Zulemita intensiver Medienaufmerksamkeit für ihr Privatleben sicher, zeigt sich jetzt auch der eher etwas graue Radikalismus der UCR anfällig für das süße Leben. Nicht weiter schlimm, würde man denken, hätte nicht gerade Fernando de la Rúa versucht, in kritischen Zeiten als Prototyp bürgerlicher Normalität zu erscheinen und hätte nicht just Sohn Antonio für den erfolgreichsten aller Wahlwerbepots verantwortlich gezeichnet, in dem der Präsident sich vom dort als Ferrari-Fahrer geouteten Vorgänger distanziert. Slogan: „Man sagt, ich sei langweilig.“ Nicht umsonst hatte sich de la Rúa lange geweigert, das vergleichsweise luxuriös ausgestattete Präsidentenflugzeug „Tango 01“ zu benutzen, und war lieber Linie geflogen. Dann allerdings brach er aus praktischen Gründen mit dieser Haltung. Immerhin aber benutzte er das breite Bett des Vorgängers nicht, sondern zwängte sich wie alle anderen Reisetilnehmer auf einem Rückflug aus Ägypten in einen der Sitze. Auch landete die Maschine nicht wie vorgesehen auf dem innerstädtischen Flughafen Aeroparque, wo die

■ Ausgerechnet Präsidentensohn Antonio war es, der als erster für Schlagzeilen sorgte: Ein Auftritt des kolumbianischen Latino-Pop-Stars Shakira in Buenos Aires brachte ihn emotional so aus dem Gleichgewicht, dass er die junge Sängerin gleich über mehrere Folge-Stationen begleitete und, von der Regenbogenpresse genüsslich dokumentiert, bei deren Eltern vorsprach. Heiraten sie oder heiraten sie nicht, das ist die Frage, die Argentinien jetzt bewegt.

Fotografen warteten, sondern auf dem internationalen Flughafen Ezeiza: De la Rúa blieben damit zwar Bilder beim Verlassen der Maschine erspart, nicht aber ein teilweise hämischer Spott der Medien. Inzwischen gehört die Benutzung von „Tango 01“ zum Präsidentenalltag.

„Doppelte Moral“, entrüsteten sich vor allem die Gewerkschaften, die Antonio Champagner-trinkend mit seiner Jet-Set-Freundin sofort zum Gegenstand aggressiver Plakate machten: Seht her, hieß das, die Regierenden genießen das Leben, während das Volk keine Arbeit hat. Und die Präsidentenfamilie sorgte auch im weiteren Verlauf des Jahres für Schlagzeilen: Nach Antonio waren es die Präsidententochter und ihr Mann, die erst als „Staatstouristen“ mit Vater und Schwiegervater unterwegs waren und anschließend bei einem feucht-fröhlichen Kostümfest der Champagnermarke Chandon eine Augenweide für die Fotografen darstellten, dann geriet auch der Schwager des Präsidenten ins Blickfeld: Seine Baufirma, so das Antikorruptionsbüro des Justizministeriums, habe sich auf undurchsichtige Weise öffentliche Aufträge gesichert, obwohl Konkurrenzangebote eindeutig günstiger lagen. Der Erklärungsnotstand dauert an.

Zum Jahresende schlossen dann wieder die Präsidentensöhne den Reigen, neben Antonio jetzt auch sein Bruder Aito: Während die Regierung mit einer aufwendigen Imagekampagne für Ferien in Argentinien warb und de la Rúa seine Minister vom Urlaub im Ausland abhielt, vergnügte sich Antonio mit Shakira und Leibwächtern in Marokko, während sein Bruder Aito mit Freundin dem argentinischen Jet-Set ins uruguayische Punta del Este folgte. Begründung Antonios: man könne schließlich nicht „Gefangener im eigenen Land sein“, dies sei auch der Freundin nicht zu vermitteln. Gleichzeitig aber erklärte er seine Absicht, bei den Parlamentswahlen 2001 wiederum an entscheidender Stelle im Beraterteam seine Vaters mitzuwirken. Dass beide de la Rúa-Söhne dabei offiziell über kein festes Einkommen verfügen, ist eine Pikanterie am Rande. Stützpunkte für die Urlaubstrips sind häufig Häuser und Apartments reicher Gönner, die diese großzügig der Präsidentenfamilie zur Verfügung stellen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Für den Durchschnittsargentinier aber ist das Signal klar: alles wie gehabt!

■ Zum Jahresende schlossen wieder die Präsidentensöhne den Reigen, neben Antonio jetzt auch sein Bruder Aito: Während die Regierung mit einer aufwendigen Imagekampagne für Ferien in Argentinien warb und de la Rúa seine Minister vom Urlaub im Ausland abhielt, vergnügte sich Antonio mit Shakira und Leibwächtern in Marokko, während sein Bruder Aito mit Freundin dem argentinischen Jet-Set ins uruguayische Punta del Este folgte.



## ■ Der Senatsskandal erschüttert die Republik

Gegen das allerdings, was sich im Umfeld des Kampfes um die Arbeitsgesetzgebung ereignete und Regierung und Senat in einen Strudel von Korruptionsvorwürfen riss, wirken solche privaten Eskapaden eher wie Petitesse. Ganz Argentinien fragte sich nämlich ab Mitte des Jahres: Haben Mitglieder der Exekutive Senatoren der oppositionellen Justizialistischen Partei (PJ) und der regierenden Unión Cívica Radical (UCR) durch Geldzuwendungen geneigter gestimmt, für die neue Arbeitsgesetzgebung der Regierung Fernando de la Rúa zu stimmen? Wo verläuft die Grenze zwischen Korruption und politischer Schacherei zugunsten der Heimatprovinzen von Senatoren, die ihr Votum möglichst teuer „verkaufen“, um dann mit handfesten Vorteilen vor den heimischen Wähler treten zu können? Handelt es sich bei solchen Vorgängen um Altbekanntes, das nur nie den Sprung auf die Tagesordnung der öffentlichen Debatte schaffte, oder gibt es substanziiell Neues?

Den Stein ins Rollen brachten zwei Politiker, über deren Motive seither gerätselt wird: Vizepräsident Carlos „Chacho“ Alvarez (FREPASO) und Senator Antonio Cafiero (PJ), ehemaliger Gouverneur der Provinz Buenos Aires und langgedienter Parlamentarier seiner Partei. In der Zeitung *La Nación* hatte am 25. Juni der angesehene Journalist Joaquin Morales Sola auf der Basis nicht näher bezeichneter Quellen berichtet, im Umfeld der Annahme der Arbeitsgesetzgebung (am 26. April, mit den Stimmen des oppositionellen PJ), eines der ersten wichtigen Reformvorhaben der Regierung de la Rúa, hätten sich offenbar Senatoren der Opposition ihr Votum abkaufen lassen. Cafiero nahm dies zum Anlass, am 12. Juli im Senat offiziell eine umgehende Untersuchung zu verlangen – ein Vorgang, der offenbar bei der eigenen Fraktionsführung auf wenig Gegenliebe stieß. Vizepräsident Alvarez seinerseits nutzte dann das Forum des Senats, dem er kraft Amtes zu diesem Zeitpunkt vorsah, um einen anonymen Brief zu verlesen, in dem mögliche Verdächtige direkt bezeichnet werden und als dessen Autor man innerhalb der PJ-Fraktion den „dissidenten“ Senator Hector Maya verdächtigte, dem in Entre Ríos parteiinterne „offene

■ Ganz Argentinien fragte sich ab Mitte des Jahres: Haben Mitglieder der Exekutive Senatoren der oppositionellen Justizialistischen Partei (PJ) und der regierenden Unión Cívica Radical (UCR) durch Geldzuwendungen geneigter gestimmt, für die neue Arbeitsgesetzgebung der Regierung Fernando de la Rúa zu stimmen?

Rechnungen“ mit seinem Provinzkollegen und PJ-Fraktionsführer im Senat, Augustino Alasino, unterstellt werden. „Vor den höchsten parlamentarischen Autoritäten des Landes“, wunderte sich die Zeitschrift *Noticias*, „räuspert sich der Vizepräsident, setzt sich die Brille zurecht und liest eine Geschichte von Intrigen, Macht und Geld vor.“

Ein überaus ungewöhnlicher Vorgang, der seine Wirkung nicht verfehlte: Medien und Öffentlichkeit waren aufs höchste alarmiert. Die ohnehin schon geringe Glaubwürdigkeit des Senats und der Politik insgesamt ging in den freien Fall über: Nach einer am 26. August veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ibope glauben 81,4 Prozent der Bürger von Buenos Aires an die Richtigkeit der Korruptionsvorwürfe. Gleichzeitig glauben 76 Prozent, ein solcher Vorgang habe keine Chance auf vollständige Aufklärung! Sie sollten sich bestätigt fühlen. Noch am 9. August allerdings war Präsident Fernando de la Rúa mit den Senatoren, die in den Mittelpunkt der Verdächtigungen gerieten, vor die Presse getreten und hatte die Vorwürfe als „Dinge ohne Fundament“ bezeichnet.

■ Auf Justizseite nahm sich Richter Carlos Liporaci des Falles an. Auf die Selbstaufklärungskräfte des Senats wollte schon zu diesem Zeitpunkt niemand mehr vertrauen. Senator Cafiero gab seine anfängliche Zurückhaltung auf und machte Liporaci mit Namen von Verdächtigen vertraut, die schnell an die Öffentlichkeit gerieten.

Auf Justizseite nahm sich Richter Carlos Liporaci des Falles an. Auf die Selbstaufklärungskräfte des Senats wollte schon zu diesem Zeitpunkt niemand mehr vertrauen. Senator Cafiero gab seine anfängliche Zurückhaltung auf und machte Liporaci mit Namen von Verdächtigen vertraut, die schnell an die Öffentlichkeit gerieten, unter ihnen Führungspersönlichkeiten der Parlamentsfraktionen von regierender UCR und oppositionellem PJ. Einer von ihnen, der PJ-Senator Remo Constanzo (Rio Negro) wurde von der Zeitschrift *Noticias* am 26. August, offenbar unter Verletzung eines verabredeten *off the record* mit folgender Aussage zitiert: „Politische Gefälligkeiten hat es immer gegeben. Es ist schwer zu sagen, was ein Akt von Korruption ist. Es ist ein Stil, der innerhalb des politischen Systems benutzt wird. Die Grenzlinie zwischen Stimmenkauf und politischer Gefälligkeit ist fließend.“

Die Ermittlungen Liporacis beschränkten sich aber nicht nur auf den Kreis möglicher Empfänger von Zuwendungen, auch potenzielle Quellen wurden analysiert. So sollte etwa der stellvertretende Wirtschaftsminister Mario Vicens erklären, wie der Ge-

brauch sogenannter *fondos reservados* gehandhabt wird, „Reptilienfonds“, über die Leiter von Institutionen und anderen staatlichen Einrichtungen gewöhnlich ohne externe Rechnungslegung verfügen können. In ihnen sehen viele Beobachter seit langer Zeit das eigentliche Problem im Umfeld von Korruptionsvorwürfen aller Art.

### ■ Was Journalisten wissen und was sie sagen

Auch verhörte Liporaci zwei Journalisten als Zeugen, von denen er Aufklärung erhoffte: Joaquin Morales Sola und Maria Fernanda Villosio. Morales Sola, dessen Kommentare in der Zeitung *La Nación* die ersten Hinweise auf mögliche Korruption gegeben hatten, berief sich dabei konsequent auf sein Zeugnisverweigerungsrecht bezüglich seiner Quellen, das ihm die Verfassung von 1994 zugesteht. Seine *La Nación*-Kollegin Villosio hingegen bekräftigte, ihr gegenüber habe Senator Emilio Cantarero (PJ/Salta) in einem Interview *off the record* zugegeben, selbst Empfänger von Korruptionszahlungen gewesen zu sein. Das Zeugnisverweigerungsrecht von Journalisten war danach selbst Gegenstand der Diskussion: Während Richter Liporaci zunächst meinte, angesichts der Schwere des Falles müsse dieses zurücktreten, vertraten insbesondere Journalistenorganisationen die strikt gegenteilige Auffassung: Gerade bei schwersten Fällen und angesichts eines schwer erschütterten Vertrauens in die Institutionen sei es wichtig, dass sich Zeugen Journalisten anvertrauten und auf deren absolute Diskretion rechnen könnten.

Ungewöhnlich genug war bereits das Verhalten der Zeitung *La Nación* und der Journalistin Maria Fernanda Villosio. Diese hatte zunächst in anonymisierter, allerdings für Kenner durchaus entschlüsselbarer Weise ein Interview mit einem Senator widergegeben, der sich selbst der Annahme von Korruptionsgeldern bezichtigt habe. Allerdings sei Stillschweigen über diese Quelle, ein sogenanntes *off the record*, vereinbart worden. Am 31. August aber, einen Tag nach der ersten Enthüllung, fühlte sie sich an diese Zusage nicht mehr gebunden: „Es war Senator Emilio Cantarero (PJ/Salta), der vorgestern gegenüber *La Nación* zugegeben hat, Bestechungsgelder für die Zustimmung zur Arbeitsgesetzgebung angenom-

■ Liporaci verhörte auch zwei Journalisten als Zeugen, von denen er Aufklärung erhoffte: Joaquin Morales Sola und Maria Fernanda Villosio. Morales Sola, dessen Kommentare in der Zeitung *La Nación* die ersten Hinweise auf mögliche Korruption gegeben hatten, berief sich dabei konsequent auf sein Zeugnisverweigerungsrecht bezüglich seiner Quellen, das ihm die Verfassung von 1994 zugesteht.

men zu haben,“ war jetzt in *La Nación* zu lesen, und weiter: „Die Aussagen Cantareros, den Kontakt mit dieser Journalistin völlig zu leugnen, zwingen jetzt in Verteidigung der Wahrhaftigkeit der Nachricht, den Sachverhalt aufzudecken.“ Vorausgegangen war, wie in Fällen von *off the record* absolut normal, eine Leugnung des Journalistenkontakts durch Senator Cantarero. Dieser gibt mittlerweile zu, mit Maria Fernanda Villosio gesprochen zu haben, leugnet aber den Inhalt und erwog eine Strafanzeige gegen sie und die Zeitung – wegen Verleumdung. Sein Problem in der öffentlichen Meinung: Die Aussage eines Prestigemediums steht derjenigen eines Angehörigen der arg diskreditierten politischen Klasse gegenüber. Von der Anzeige hörte man nichts mehr, aber Wochen später räumte *La Nación* überraschend Cantarero großzügig eine ganze Seite zur Selbstdarstellung per Interview ein: eine Art Entschädigung?

■ Auch andere Journalisten und Medien spielten bei dem Vorgang eine herausgehobene Rolle: Alfredo Gutiérrez von *Clarín* war es, der den anonymen Brief mit Skandaletails, den Vizepräsident Alvarez dann am 15. August vor dem Senat verlas, über das Fax des Presseraums weiterverbreitete.

Auch andere Journalisten und Medien spielten bei dem Vorgang eine herausgehobene Rolle: Alfredo Gutiérrez von *Clarín* war es, der den anonymen Brief mit Skandaletails, den Vizepräsident Alvarez dann am 15. August vor dem Senat verlas, über das Fax des Presseraums weiterverbreitete. Und Reporter der Zeitschrift *Noticias* schwärmten aus, um mit Beteiligten und Zeugen aufklärende Gespräche zu führen. Was die Gesprächspartner nicht wussten: Alle Aussagen wurden von den Journalisten insgeheim mitgeschnitten. Diese Bänder hat die Zeitschrift, auch dies ein ungewöhnlicher Vorgang, dann der Justiz zur Verfügung gestellt.

All dies mag dazu beigetragen haben, dass Richter Liporaci seine Einschätzung der Beweislage zunächst revidierte: Hatte er zu Beginn gemeint, die Beweisschwäche des Falles sei total, ließ er nun verlauten, er sehe „schwerwiegende, übereinstimmende und präzise Indizien, das Korruption im Spiel war“, und nannte „staatliche Quellen“ als Ausgangspunkt (*La Nación*, 2.9.2000).

Allerdings werden auch ihm nicht nur lautere Motive unterstellt: gegen ihn selbst laufen derzeit gleich fünf sogenannte *juicios políticos*, Aufklärungsverfahren mit dem Ziel der Amtsenthebung, vor dem Consejo de la Magistratura. Er soll dabei erklären, wie sich seine persönlichen Vermögensverhältnisse und der Besitz eines auf einen Wert von 1,5 Millio-

nen Dollar geschätzten Hauses rechtfertigen. Vorwurf: Unrechtmäßige Bereicherung im Amt. Pikant dabei ist, dass dem Consejo de Magistratura mit Ricardo Branda ausgerechnet einer der Senatoren angehört, die sich auf Liporacis Verdächtigenliste befanden. Will, so fragte sich die skeptische argentinische Öffentlichkeit zu diesem Zeitpunkt, der Richter durch besonders hartes Durchgreifen der Gesellschaft nun seine Unabhängigkeit demonstrieren? Sucht er Verhandlungsspielraum in eigener Sache?

In einer Ibope-Umfrage, veröffentlicht in der Zeitschrift *Noticias* vom 2. September, nannten auf die Frage, wer bei der Aufklärung der Vorgänge am glaubwürdigsten sei, 44,7 Prozent die Presse, aber nur 19,5 Prozent die Justiz, 9,5 Prozent den Senat selbst und 8,8 Prozent das Antikorruptionsbüro des Justizministeriums. 17,5 Prozent wollten sich nicht festlegen. Besonders schlimm für die Politik: Nach einer Umfrage des gleichen Instituts, veröffentlicht in *La Nación* vom 2. September, halten 94,7 Prozent der Bevölkerung diese Art von Korruption für etwas Alltägliches, nur ein Prozent finden sie außergewöhnlich! Dies bestätigte auf seine Weise auch Luis Barriónuevo, Boss der Gastronomiegewerkschaft. Gegenüber der Zeitung *Clarín* (8.9.2000) ließ er sich zitieren: „Korruption ist nicht abzuschaffen, sie ist so alt wie Christus. In Argentinien macht keiner Geld, indem er arbeitet. Die Korruption beginnt ja schon vor dem ausverkauften Kino: ‚Hier hast Du‘, sagt man zum Mann an der Kasse, und sitzt dann in der besten Reihe.“

Dazu und zur Unfähigkeit des Rechtssystems, Vorwürfe aufzuklären und zu Verurteilungen zu kommen, passt dann die mehr als fragwürdige Einstellung von Journalisten wie Felix Luna, der in einem Beitrag auf der Titelseite von *La Nación* am 13. September schrieb: „Niemand glaubt, dass die juristischen Ermittlungen zu Verurteilungen führen, aber ohne Zweifel bleiben die Verdächtigen vor den Augen der Öffentlichkeit markiert und werden zweimal nachdenken, wenn sie künftig an Bestechungsgelder denken, in welcher staatlichen Gewalt auch immer.“ Ein seltsames Rechtsverständnis, aber eines, das erklärt, warum die Medien höhere Glaubwürdigkeit genießen als Legislative, Judikative und Exekutive zusammen. Laut einer Umfrage des Mei-

■ In einer Ibope-Umfrage, veröffentlicht in der Zeitschrift *Noticias* vom 2. September, nannten auf die Frage, wer bei der Aufklärung der Vorgänge am glaubwürdigsten sei, 44,7 Prozent die Presse, aber nur 19,5 Prozent die Justiz, 9,5 Prozent den Senat selbst und 8,8 Prozent das Antikorruptionsbüro des Justizministeriums.

nungsforschungsinstituts Demoskopía im Juli 2000 in Buenos Aires zeigte sich, dass nur 8,8 Prozent der Befragten (1990: 34,3 Prozent) der Meinung sind, in einem Rechtsstaat zu leben, 78,8 Prozent (1990: 38,1 Prozent) verneinten dies, der Rest war unentschieden.

### ■ Ein Befreiungsschlag geht daneben: die Serie von Kabinettsumbildungen

■ **Präsident de la Rúa reagierte nach Wochen der Paralyse auf seine Weise: eine erste Kabinettsumbildung sollte seine Vertrauensleute im Kabinett stärken, eigene Führungsqualitäten auch gegenüber dem Vizepräsidenten Carlos „Chacho“ Alvarez und dem UCR-Parteivorsitzenden Raul Alfonsín reklamieren sowie ein Signal der Einheit im Regierungshandeln aussenden.**

Präsident de la Rúa reagierte nach Wochen der Paralyse auf seine Weise: eine erste Kabinettsumbildung sollte seine Vertrauensleute im Kabinett stärken, eigene Führungsqualitäten auch gegenüber dem Vizepräsidenten Carlos „Chacho“ Alvarez und dem UCR-Parteivorsitzenden Raul Alfonsín reklamieren sowie ein Signal der Einheit im Regierungshandeln aussenden. Ein Plan, der daneben ging: So behielt der persönliche Freund des Präsidenten, Fernando de Santibañes, seinen Führungsjob an der Spitze des Geheimdienstes SIDE. Arbeitsminister Alberto Flamarique, neben Santibañes im Blickfeld der Ermittler als mögliche Quelle von Korruptionsszahlungen, wurde sogar befördert: Er wechselte aus dem Arbeitsministerium in das Amt des Generalsekretärs des Präsidialamtes. Obwohl Flamarique dem Allianz-Partner FREPASO und nicht de la Ruas UCR angehört, hatte er sich immer mehr vom Vertrauensmann des Vizepräsidenten zu einem des Präsidenten entwickelt. Die Beförderung lohnte ihm dies und sandte Alvarez, von dem sich Flamarique immer mehr entfremdet zu haben scheint, ein klares Zeichen.

Präsidentenbruder Jorge de la Rúa, in der Koordination des Präsidialamtes glücklos und umstritten, wechselte ins Justizministerium, der bisherige Justizminister, Ricardo Gil Lavedra, schied aus dem Kabinett aus. Insbesondere dieser Wechsel weckte bei manchen Beobachtern Verdachtsmomente: Mit der Bestätigung von Santibañes und Flamarique zeigte der Präsident deutlich, dass er deren Verstrickung in den Korruptionsskandal zumindest nicht für beweisbar hält. Sollte sein Bruder als Justizminister nun darauf achten, dass das agile Antikorruptionsbüro, die Justiz und Richter Carlos Liporaci in dieser Hinsicht nicht doch „zuviel“ ermitteln? Gil Lavedra hatte sich jedenfalls hier zurückgehalten und keinerlei Anzeichen gegeben, den Verlauf der juristischen Ermitt-

lungen irgendwie beeinflussen zu wollen. Sollte ihm gerade das nun zum Verhängnis geworden sein? An fachlichen Gründen scheint seine Entlassung jedenfalls nicht gelegen zu haben.

Ein weiterer Abgang aus dem Kabinett war der für Infrastruktur zuständige Minister, Nicolas Gallo. Sein Ministerium wurde dem Wirtschaftsministerium von José Luis Machinea zugeschlagen, der damit den internen Machtkampf mit Gallo gewonnen hat und beinahe zu so etwas wie einem „Superminister“ aufrückte. Gallo, eigentlich ebenfalls ein persönlicher Freund des Präsidenten, war unter den Betroffenen der Umbildung übrigens der einzige, welcher der Vereidigungszeremonie der Nachfolger demonstrativ fernblieb und in einer Presseerklärung sein Missfallen äußerte.

Gleichwohl war der Wechsel wohl auch als Bestätigung des bisherigen Wirtschaftskurses und klares Signal an die Finanzmärkte zu verstehen. Als Stärkung der wirtschaftlichen Komponente im Kabinett war auch die Ernennung Chrystian Colombos zum neuen Kabinettschef zu sehen, der zusätzlich für das Steueramt und die Zollverwaltung zuständig wurde. Colombo war unter der Alfonsín-Regierung von 1985 bis 1987 Chef der Nationalen Entwicklungsbank. Vorgänger Rodolfo Terragno hat sich fast lautlos verabschiedet: Seine Tätigkeit als Kabinettschef hatte in den ersten zehn Regierungsmonaten kaum glanzvolle Momente, seine politische Durchsetzungskraft wurde von Anfang an als sehr begrenzt eingeschätzt.

Eine echte Überraschung lieferte der Präsident mit der Besetzung des Arbeitsministeriums durch Patricia Bullrich. Sie hat bereits eine lange Reise durch die argentinischen Parteien hinter sich: Zunächst begann sie bei den Peronisten, bekleidete später ein Amt in der Provinzregierung Eduardo Duhalde, wechselte dann in die Lager von Domingo Cavallo und Gustavo Béliz und gründete später ihre eigene Partei, Unión para Todos, die Bestandteil der Allianz wurde.

#### ■ **Paukenschlag: Vizepräsident Alvarez tritt zurück**

Das alles aber war für den Vizepräsidenten Carlos „Chacho“ Alvarez offenbar denn doch zuviel: Entnervt verkündete er seinen Rücktritt, „unwiderruf-

■ **Eine echte Überraschung lieferte der Präsident mit der Besetzung des Arbeitsministeriums durch Patricia Bullrich. Sie hat bereits eine lange Reise durch die argentinischen Parteien hinter sich: Zunächst begann sie bei den Peronisten, bekleidete später ein Amt in der Provinzregierung Eduardo Duhalde, wechselte dann in die Lager von Domingo Cavallo und Gustavo Béliz und gründete später ihre eigene Partei, Unión para Todos, die Bestandteil der Allianz wurde.**

lich“, wie er dem Präsidenten mitteilte. „Ich bin dem Präsidenten gegenüber loyal“, sagte Alvarez vor seinen Anhängern in der Rücktrittserklärung, „und das muss Hand in Hand gehen mit der Loyalität zu meinen Überzeugungen, zu denen meiner politischen Umgebung und zu dem Versprechen, das wir unseren Wählern gegeben haben.“ Offenbar hatte dieser Vierklang letztlich doch zu viele Dissonanzen! Die Kabinettsumbildung brachte das Fass zum Überlaufen.

**■ Bruchstellen innerhalb des Allianz-Bündnisses hatten sich schon in den ersten Monaten der de la Rúa/Alvarez-Regierung hinreichend abgezeichnet: Der orthodox-liberale Wirtschaftskurs der Regierung mit Steuererhöhungen, Kürzungen der Gehälter für öffentlich Bedienstete und Erfüllung von Währungsfond-Auflagen stellte vor allem die Linkspartei FREPASO gegenüber ihren Wählern vor Probleme, symbolische Handlungen wie ein Votum gegen Kuba in Menschenrechtsfragen verschärfte den Konflikt.**

Bruchstellen innerhalb des Allianz-Bündnisses hatten sich aber schon in den ersten Monaten der de la Rúa/Alvarez-Regierung hinreichend abgezeichnet: Der orthodox-liberale Wirtschaftskurs der Regierung mit Steuererhöhungen, Kürzungen der Gehälter für öffentlich Bedienstete und Erfüllung von Währungsfond-Auflagen stellte vor allem die Linkspartei FREPASO gegenüber ihren Wählern vor Probleme, symbolische Handlungen wie ein Votum gegen Kuba in Menschenrechtsfragen verschärfte den Konflikt. Dass auch der Kampf gegen die Korruption, ein wesentliches Leitmotiv der Präsidentschaftswahlkampagne, nicht von der Stelle kam und sich im Skandal um die angeblich gekauften Stimmen im Senat bei der Abstimmung über die umstrittene Arbeitsgesetzgebung sogar Regierungsmitglieder und Abgeordnete der Regierungspartei UCR unter den Verdächtigen fanden, das erschütterte die moralische Basis des Bündnisses gewaltig. Vizepräsident Alvarez setzte sich an die Spitze der Aufklärer, fühlte sich dabei aber schnell von seinem Präsidenten alleingelassen. Dem schien nach Alvarez' Einschätzung die Regierungsfähigkeit und die Stabilität des etablierten Machtgefüges unter Einschluss der oppositionellen Peronisten wichtiger zu sein als Transparenz und Aufklärung. Der Rücktritt war die logische Folge eines Kampfes um die eigene Glaubwürdigkeit. Mit Blick auf die öffentliche Meinung schaffte er Alvarez zudem eine glänzende Ausgangsposition für weitere politische Ambitionen. „Ich schäme mich“, so der ehemalige Vizepräsident, „wenn Jugendliche mit 16, 17 oder 18 Jahren Politik und Verbrechen für Verwandte halten, fühlen, dass Politiker und Amtsinhaber sich nur bereichern wollen. Meine Scham wird noch größer, wenn ich sehe, dass verantwortliche Figuren für eine solche Einstellung auch noch beför-



dert werden. Das werden wir nicht erlauben und wir werden weiter dafür kämpfen, dass sich dies ändert.“

In der Regierung löste die Entscheidung, die offenbar selbst für den Präsidenten unerwartet kam, Schockwellen aus. Nach weniger als 24 Stunden im Amt trat der neue Generalsekretär des Präsidialamtes, Alberto Flamarique, zurück. Er wolle nicht als Sündenbock für ein Auseinanderbrechen der Allianz herhalten, ließ er verlauten, seinen Zorn auf Alvarez kaum verschleiern. Umgehend wurde er durch Carlos Becerra ersetzt. Der Präsident selbst beeilte sich, in einer Fernsehansprache den Rücktritt von Alvarez zu bedauern und den Kriseneindruck klein zu reden. „Landsleute“, begann er seine Ansprache, „der Vizepräsident hat uns seinen Rücktritt mitgeteilt. Das ist ein wichtiges Ereignis und ich möchte den Argentinern sagen, dass ich es bedauere, aber auch, dass es hier keine Krise und keine Probleme gibt.“

Gerade mit letzterer Aussage stand de la Rúa allein. Von „Schock“ und der „schwärzesten Stunde dieser Regierung“ war allgemein die Rede, angstvoll schauten nicht nur die Minister auf die Reaktion der Finanzmärkte. Der positive Effekt einer Kabinetts-umbildung, der Versuch, Investoren und Bürgern Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Regierung zu vermitteln, verpuffte im Handumdrehen. Erste Umfragen zeigten das Problembewusstsein der Menschen: In einer CEOP-Umfrage, die *Clarín* am 8. Oktober veröffentlichte, zeigten sich 68,2 Prozent der Befragten unzufrieden mit der Kabinetts-umbildung, nur 11,1 Prozent waren zufrieden und 20,7 Prozent äußerten keine Meinung. Demgegenüber billigten 45,7 Prozent den Rücktritt des Vizepräsidenten nicht, 35,9 Prozent erklärten sich einverstanden, 18,4 Prozent äußerten keine Meinung. Viel größer als die Zustimmung zu seinem Rücktritt aber ist im Falle Alvarez das Verständnis für seine Motive. Nur hätten es viele Bürger lieber gesehen, Alvarez hätte im Inneren der Regierung für einen Wandel gekämpft. Gleichwohl hielt sich Alvarez bis zum Jahresende als der Allianz-Politiker mit den höchsten Zustimmungswerten, deutlich auch vor dem Präsidenten. Dazu mag beigetragen haben, dass er in den Medien zumindest viel Verständnis erfuhr: „Es ist bedauerlich“, so der Leitartikel der angesehensten Hauptstadtzeitung *La Nación* am 7. Oktober, „dass

■ **Der positive Effekt einer Kabinetts-umbildung, der Versuch, Investoren und Bürgern Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Regierung zu vermitteln, verpuffte im Handumdrehen. Erste Umfragen zeigten das Problembewusstsein der Menschen: In einer CEOP-Umfrage, die *Clarín* am 8. Oktober veröffentlichte, zeigten sich 68,2 Prozent der Befragten unzufrieden mit der Kabinetts-umbildung, nur 11,1 Prozent waren zufrieden und 20,7 Prozent äußerten keine Meinung.**

durch das Fehlen einer energischen und dynamischen Reaktion der politischen Kräfte auf die Korruption im Senat, in die hohe Funktionäre der Regierung verwickelt sind, diese extreme Situation entstanden ist, in der sich die Republik jetzt befindet. Es ist schmerzhaft, dass die hartnäckige Ablehnung einer Schar hochverdächtiger Senatoren, ihre Ämter aufzugeben und die gebührende Verantwortung zu übernehmen, jetzt zu dieser institutionellen Trance des Landes geführt hat, die der Rücktritt eines demokratisch gewählten Vizepräsidenten darstellt.“

### ■ Keine nachhaltigen Konsequenzen

■ Was bei nachträglicher Betrachtung des Skandals und des enormen Echos, das er in der argentinischen Öffentlichkeit ausgelöst hat, überaus nachdenklich stimmt, ist einmal mehr der Verzicht auf eine solide juristische und politische Aufarbeitung der Vorwürfe, genau so, wie es die Bevölkerung in den frühen und hier erwähnten Umfragen bereits vorausgesehen hatte.

Was bei nachträglicher Betrachtung des Skandals und des enormen Echos, das er in der argentinischen Öffentlichkeit ausgelöst hat, überaus nachdenklich stimmt, ist einmal mehr der Verzicht auf eine solide juristische und politische Aufarbeitung der Vorwürfe, genau so, wie es die Bevölkerung in den frühen und hier erwähnten Umfragen bereits vorausgesehen hatte. Natürlich: Es gab Kabinettsumbildungen, der Vizepräsident trat zurück, das Image der Politiker und politischen Parteien verschlechterte sich weiter, aber im eigentlichen Sinne und im Blick auf die unmittelbar Beteiligten kann von Konsequenzen kaum die Rede sein. Wieder einmal triumphieren das Gerücht, ein generelles „Unwohlsein“ über die angebliche „Verkommenheit der politischen Klasse“ und der Verdacht rechtlicher Unangreifbarkeit „politischer Täter“ über handfeste Beweise von Schuld oder Unschuld. Und hier liegt vermutlich der dauerhafte Schaden für das demokratische Gemeinwesen in Argentinien.

Richter Carlos Liporaci erklärte noch zum Ende des Jahres 2000, für eine Anklageerhebung gegen wen auch immer gebe es aus seiner Sicht keinen Anlass, hinreichende Verdachtsmomente oder gar Beweise lägen nicht vor. Zwar will die Staatsanwaltschaft es nicht bei dieser Aussage und einer Einstellung des Verfahrens belassen, die Wahrscheinlichkeit allerdings, neuen Schwung in die Untersuchungen zu bringen, ist gering. Selbst in der Presse findet sich kaum noch ein Hinweis auf den Skandal, überall ist man zur Tagesordnung übergegangen. Was macht schon ein weiterer Streifen auf dem Fell des Tigers?

Im Senat selbst scheint es so, als seien vor allem einige interne Rechnungen beglichen worden, als hätten Rücktritte wie der des PJ-Mehrheitsführer Augustino Alasino oder seines UCR-Kollegen José Genoud eher taktischen und vorläufigen Charakter. Kein Mandatsträger wurde gezwungen, sein Amt aufzugeben, und niemand der Hauptverdächtigen ist von sich aus zu der Überzeugung gelangt, für die Glaubwürdigkeit dieses Amtes könnte vielleicht ein freiwilliger Rückzug ohne Schuldanerkenntnis das Gebotene sein. Spätestens der Prozess der Kandidatenaufstellung für die komplette Neuwahl des Senats im Oktober 2001 wird zeigen, ob es, wenn auch verspätet, personelle Konsequenzen mindestens dahingehend gibt, dass der Öffentlichkeit ein Neuanfang vermittelt wird, unabhängig von der tatsächlichen Schuld oder Unschuld von Senatoren. Denn hier hat Felix Luna Recht: In den Augen der Öffentlichkeit steht die Bestechlichkeit der Gesetzgeber außer Zweifel, schlimmer noch, sie wird für systematisch und strukturell gehalten. Dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Legitimität politischer Entscheidungen, die ohne öffentliche Akzeptanz von Verfahren und handelnden Personen nicht zu haben ist. Diese gilt es wiederzugewinnen, und das wird nur über profunde Veränderungen der Strukturen von Politik und Justiz gehen.

### ■ Die Kosten der Politik

Einmal mehr hat der Skandal um den Senat auch die Frage in den Vordergrund gerückt, wie in Argentinien Politik betrieben wird und zu welchen Kosten. In Zeiten enger geschnallter Gürtel allerorten verbittert es die Bürger zu sehen, wie die politische Klasse offenbar ohne jegliche Zurückhaltung und mit großer Selbstverständlichkeit in die öffentlichen Kassen greift. Einige Beispiele mögen das illustrieren:

- So erbrachte ein Vergleich der Kosten, die für das Funktionieren der Legislative in argentinischen Provinzen entstehen, dass Bundesländer wie der Freistaat Bayern in Deutschland, Katalonien in Spanien und die nordamerikanischen Bundesstaaten trotz erheblich größerer Bevölkerungszahlen und eines vielfach höheren Brutto sozialprodukts pro Kopf offenbar mit einem Bruchteil dessen gesetzgeberisch versorgt wer-

■ Einmal mehr hat der Skandal um den Senat auch die Frage in den Vordergrund gerückt, wie in Argentinien Politik betrieben wird und zu welchen Kosten.

den können, was im Süden Südamerikas üblich ist. So kosten die 30 Abgeordneten und ihr Apparat im argentinischen Formosa, einer Provinz mit 504 000 Einwohnern und einem Brutto-sozialprodukt von 1,788 Milliarden Dollar, den argentinischen Steuerzahler mehr als die Bürger des Freistaates Bayern, immerhin ein Bundesland mit über zwölf Millionen Einwohnern und einem Brutto-sozialprodukt von rund 280 Milliarden Dollar, ihre 204 Parlamentarier. Hinzu kommt erschwerend, dass Formosa seinen Haushalt zum überwältigenden Teil aus den Bundesmitteln der sogenannten *coparticipación* bestreitet und nicht durch eigene Provinzeinnahmen erwirtschaftet. Und Formosa ist kein Einzelfall. Die Politikwissenschaftlerin Carlota Jackisch schreibt dazu: „Die Gründe für diese schamlosen Ausgaben der Parlamente liegen im Klientelismus, in der Selbstzuweisung von Vergünstigungen und Privilegien, im persönlich-ökonomischen oder politischen ‚Appetit‘ oder in beidem zugleich. Aber es sind nicht nur die Provinzparlamente, in denen sich solche Ungleichgewichte finden, es ist das gleiche in der gesamten politischen Struktur Argentiniens.“ (*La Nación*, 26.11.2000)

■ Es ist bemerkenswert, dass es in Argentinien so etwas wie das politische Ehrenamt nicht zu geben scheint: Selbst kleinste Gemeinden leisten sich vollbezahlte Gemeindep-lamente.

- Es ist bemerkenswert, dass es in Argentinien so etwas wie das politische Ehrenamt nicht zu geben scheint: Selbst kleinste Gemeinden leisten sich vollbezahlte Gemeindep-lamente. Deren Vergütungen liegen oft nur geringfügig unter denen der hauptamtlichen Bürgermeister. In der 70 000 Einwohner zählenden Stadt Santo Tomé in der Provinz Santa Fé etwa erhält der Präsident des Stadtparlaments just einen Dollar weniger als das Stadtoberhaupt! Zudem gibt es keine verbindliche Staffel, was Bürgermeister und Stadtverordnete verdienen dürfen: Die Entscheidung darüber liegt in ihrer eigenen Befugnis. Entsprechend ist es nicht verwunderlich, dass die Gehälter oft in keinem Verhältnis zur Größe der Aufgabe stehen und Bürgermeister kleiner Gemeinden ihre Amtskollegen in größeren Städten bezüglich des Gehalts zum Teil deutlich übertreffen.

- Ausfluss des Klientensystems sind auch die aufgeblähten öffentlichen Verwaltungen an sich. In zahlreichen Provinzen, gerade in den ärmeren, sind über fünfzig Prozent der arbeitenden Bevölkerung bei der Provinz angestellt, abgesehen von denen, die bei nachgeordneten Körperschaften auf der Gehaltsliste stehen. So verfügen Gemeinden wie Reconquista in Santa Fé zwar nur über einen Jahresetat von rund zehn Millionen Dollar, müssen aber gleichzeitig über fünfhundert städtische Arbeiter und Angestellte mit Dauerverträgen unterhalten, wozu sich in diesem Falle weitere fünfhundert Mitarbeiter gesellen, die über zeitlich befristete Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingestellt sind. Ist schon die Zahl alarmierend, dass innerhalb der öffentlichen Haushalte rund zwei Drittel der Ausgaben für sogenannte soziale Zwecke ausgegeben werden, rundet sich das Bild erst, wenn man weiß, dass davon der Löwenanteil für die Unterhaltung des entsprechenden Apparats verwendet wird: In der Stadt Buenos Aires zum Beispiel rund 85 Prozent.
- Üblich sind in erheblichem Umfang und auf allen Ebenen der argentinischen Politik die im Zusammenhang mit dem Senatsskandal bereits erwähnten Reptilienfonds, über die nicht Rechenschaft abgelegt werden muss. Auf Provinzebene, etwa in Tucumán, erhalten Abgeordnete solche Zuwendungen als Gehaltsbestandteil zur freien Verfügung. Sie selbst rechtfertigen dies mit der Notwendigkeit, Mittel für „Politikgestaltung“ und die Bedienung von Wählerwünschen zur Verfügung zu haben, unabhängig von der Tatsache, dass dies bei ihrer eigentlich parlamentarischen Aufgabenbeschreibung kaum Bestandteil sein dürfte. Jahrelang verteilte etwa das Provinzparlament von Buenos Aires auf diese Weise rund 40 Millionen Dollar an seine Mitglieder, eine wirkliche *caja feliz*. Die Exekutive, mit deren Mitgliedern Parlamentarier oft parteiintern um Aufstiegschancen und Posten wetteifern, verhält sich allerdings nicht anders: So verwendet etwa allein der Gouverneur der Provinz Buenos Aires für seine Eigenwerbung und Selbstdarstellung den erstaunlichen Betrag

■ Üblich sind in erheblichem Umfang und auf allen Ebenen der argentinischen Politik die im Zusammenhang mit dem Senatsskandal bereits erwähnten Reptilienfonds, über die nicht Rechenschaft abgelegt werden muss.

von 35 Millionen Dollar, gleichzeitig ein gutes Mittel, sich über die Alimentierung von Anzeigen- und Werbeetats die Medien gefügig zu machen.

Kein Wunder also, dass solche Kosten der Politik zu einem nicht unwesentlichen Teil zum gewaltigen Haushaltsdefizit Argentiniens beitragen und wohl auch für einen beträchtlichen Teil der Auslandsschulden des Landes verantwortlich sind. Wie bei allen notwendigen Reformen im Lande aber fragt sich auch hier, wer den Mut und die Durchsetzungskraft aufbringen wird, diese Probleme anzugehen.

### ■ Defizite der Wettbewerbsfähigkeit

■ Die Kosten des Politikbetriebs, Rechtsunsicherheit, fehlende Unabhängigkeit der Justiz, mangelnde Transparenz von Politik- und Verwaltungsentscheidungen – all dies spielt auch eine Rolle, wenn es um die von vielen Beobachtern beklagte mangelnde Wettbewerbsfähigkeit Argentiniens und darum geht, ausländische Investoren für ein Engagement am La Plata zu begeistern.

Die Kosten des Politikbetriebs, Rechtsunsicherheit, fehlende Unabhängigkeit der Justiz, mangelnde Transparenz von Politik- und Verwaltungsentscheidungen – all dies spielt auch eine Rolle, wenn es um die von vielen Beobachtern beklagte mangelnde Wettbewerbsfähigkeit Argentiniens und darum geht, ausländische Investoren für ein Engagement am La Plata zu begeistern. Und gerade darauf ist die Regierung de la Rúa mehr denn je angewiesen: In erster Linie durch wirtschaftliche Erfolge wird sie verlorenes Vertrauen zurückgewinnen und das Korruptionsthema in den Hintergrund drängen können. Nicht umsonst ist Argentinien im Ranking der Wettbewerbsfähigkeit, das das Schweizer Institut für Managemententwicklung (IMD) jährlich erstellt, von Platz 33 im Jahre 1999 auf Platz 41 im Jahr 2000 zurückgefallen. Nötig ist allerdings mehr als die symbolische Stärkung des Ministers José Luis Machinea, wie sie bei der Kabinettsumbildung erfolgte. „Es ist nicht gut, den falschen Mann zu stärken“, lässt sich beispielsweise Jorge Avila vom Studienzentrum CEMA vernehmen und José Luis Espert von Expert & Asociados ergänzt: „Die Stärkung eines Ministers, der keine Idee hat, wie er die Wirtschaft voranbringen soll, oder das Ausscheiden eines anderen wie Nicolas Gallo bedeuten an sich gar nichts. Das war ein Signal für die politischen ‚Internas‘, für die Menschen aber ändert sich nichts.“

Immerhin gelang de la Rúa zum Ende des Jahres 2000 noch ein Überraschungscoup: das als *blindaje* (Panzerung) bezeichnete Hilfspaket internationaler

Währungs- und Finanzorganisationen in Kooperation mit privaten Banken und Fonds. Zur Vermeidung von Zahlungsengpässen bei der Bedienung der Auslandsschuld von über 140 Milliarden Dollar stellte man Argentinien ein Kreditvolumen von 39,7 Milliarden Dollar zur Verfügung, gleichzeitig aber wurden Vereinbarungen ausgehandelt, die Ausgabendisziplin, Kostensenkungen und strukturelle Reformen garantieren sollen. Der Zinssatz beträgt moderate rund acht Prozent, erheblich jedenfalls unter den rund 14 Prozent, zu denen sich Argentinien momentan auf den internationalen Finanzmärkten verschulden müsste – die Konsequenz vor allem des hohen Länderrisikos. Gedeckt sind damit sowohl die Verbindlichkeiten, die das Land im Jahr 2001 zu begleichen hat, rund 15 Milliarden Dollar, als auch das zu erwartende Haushaltsdefizit.

Voraussetzung für die Hilfe waren vor allem zwei Entscheidungen: Ein Abkommen der argentinischen Regierung mit den Provinzen über die Begrenzung der Haushaltszuwächse in den nächsten Jahren und die Verabschiedung des Haushaltes 2001:

Ersteres wurde am 20. November unterzeichnet und sieht ein Einfrieren der Provinzhaushalte auf dem jetzigen Niveau bis 2005 vor. Auch der oppositionelle Partido Justicialista (PJ), der die überwältigende Mehrheit der Provinzgouverneure stellt, stimmte nach längeren Verhandlungen zu, erhielt allerdings als Gegenleistung einen Teil des bisher zentral verwalteten Sozialhaushaltes und der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur eigenen Verfügung. Die Zentralregierung kann allerdings einer Provinz ein Abweichen vom Abkommen genehmigen, wenn „öffentliche Sicherheit, Gesundheit und Erziehung“ anders nicht mehr gewährleistet werden könnten. Auch schließt das Einfrieren die Kosten für die Bedienung des Schuldendienstes ausdrücklich aus. Gouverneure wie José Manuel de la Sota (Córdoba) erklärten anschließend in Interviews, ihre Unterschrift sei der Not geschuldet, die Regierungsfähigkeit Argentiniens zu erhalten und die Kreditwürdigkeit und Berechenbarkeit des Landes nach außen.

Neben den genannten Aspekten beinhaltet das Abkommen (*compromiso federal*) im Einzelnen:

- Die Nation garantiert den Provinzen für 2001 und 2002 eine *coparticipación* von 1,364 Milliar-

■ Zur Vermeidung von Zahlungsengpässen bei der Bedienung der Auslandsschuld von über 140 Milliarden Dollar stellte man Argentinien ein Kreditvolumen von 39,7 Milliarden Dollar zur Verfügung, gleichzeitig aber wurden Vereinbarungen ausgehandelt, die Ausgabendisziplin, Kostensenkungen und strukturelle Reformen garantieren sollen.

- den Pesos (=Dollar) monatlich; für 2003 bis 2005 belaufen sich diese Leistungen dann auf einen Durchschnittswert, der nach dem Steueraufkommen der drei vorausgehenden Jahre berechnet wird. Das Minimum wurde auf 1,4 Milliarden monatlich 2003, 1,44 Milliarden 2004 und 1,48 Milliarden 2005 festgelegt.
- Die Provinzen verpflichten sich ihrerseits zur Erstellung eines einheitlichen Registers der Begünstigten von Sozialleistungen, um Missbrauch zu verhindern. Die Aufsicht darüber erhält der Bund.
  - Zusätzlich erhalten die Provinzen 225 Millionen Dollar aus dem Sozialhaushalt für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und solche der sozialen Entwicklung. In den kommenden Jahren sollen es 30 Prozent der für diese Maßnahmen vorgesehenen Summe des nationalen Haushaltes, bisher verwaltet durch das Arbeitsministerium (Ministerin: Patricia Bullrich) und das Ministerium für soziale Entwicklung (Ministerin: Graciela Fernandez Meijide), sein.
  - Der Bund zahlt den Provinzen in zwei Quoten Schulden zurück, die aus dem Fondo Nacional de Vivienda, einem Fond für Wohnungsbauprogramme, resultieren. Provinzen, die darauf verzichten, erhalten „Entschädigungen“ in Form von Mitteln für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Sozialhilfe in gleicher Höhe.
  - Vereinbart wurden ferner Maßnahmen zur Steuerangleichung und Vereinheitlichung der Steuerregister, um Steuersünder besser erfassen zu können. Im kommenden Jahr soll überdies ein neues Gesetz zur *coparticipación* der Provinzen verabschiedet werden.

Auch die zweite Bedingung des Währungsfonds konnte die Regierung mittlerweile erfüllen und brachte den Haushalt 2001 unter Dach und Fach. Allerdings fügten Senat und Abgeordnetenversammlung in das Haushaltspaket eine Rücknahme der Gehaltskürzungen für einen Teil der öffentlich Bediensteten ein, von der unklar ist, ob sie Bestand hat oder vom Präsidenten durch ein mögliches Veto verhindert wird. In jedem Falle geht der Haushalt von einem Defizit von rund sieben Milliarden Dollar aus, bei einer angenommenen Wachstumsrate von 2,5 Prozent. Wichtigster



Einzelposten im Etat sind die Zinsen für die Auslandsschuld in Höhe von 11,14 Milliarden Dollar, was 21,5 Prozent des Haushaltes entspricht (in Deutschland verschlingt die Bedienung der Bundesschuld 17,1 Prozent des Haushaltes). 5,29 Milliarden sind den Municipios und den Provinzen zugesagt (10,2 Prozent), mit über 40 Prozent bilden die Sozialausgaben den wichtigsten Ausgabenblock. Insgesamt beläuft sich der Haushalt auf 51,895 Milliarden Dollar. Viel zu hoch, finden die Kritiker, und versehen zudem mit dem Risiko, dass sich angepeilte Wachstumsraten nicht realisieren und das Steueraufkommen hinter den Erwartungen zurückbleibt. Auch werden, so die kritischen Stimmen, nötige Strukturformen wieder einmal vertagt.

Das Abgeordnetenhaus votierte bei seiner Gesamtzustimmung zum Haushalt am 30. November nämlich auch gegen bestimmte Einzelprojekte, etwa den wichtigen Artikel 58, der eine Modernisierung des Staates, eine Verkleinerung seines Apparats mit Straffung nachgeordneter Behörden, Tertiärisierungen, weiteren Privatisierungen und Personalabbau vorgesehen hätte. Interessant hierbei, dass Teile der Regierungs-Allianz mit der Opposition stimmten, während die Abgeordneten der Cavallo-Partei Acción por la República für den Artikel votierten. Die Modernisierung hätte auch das staatliche Sozialversicherungssystem, die Steuerbehörden und die Justiz eingeschlossen und insgesamt rund 300 000 öffentlich Bedienstete betroffen. Marcos Makon, der stellvertretende Kabinettschef, erklärte nach der Abstimmung, für die Regierung sei hier das Kongressvotum nicht maßgeblich. Es bleibe bei den Reformplänen.

Während der Debatten war die Präsenz von Abweichlern vom Regierungskurs in den Reihen der Allianz unübersehbar. Es gärt dabei sowohl beim größeren Partner Unión Cívica Radical (UCR) als auch beim Linksbündnis FREPASO, der Organisation des Ex-Vizepräsidenten Carlos Alvarez. Dieser hatte nach dem Austritt der Sozialistischen Partei mittlerweile auch den Ausstieg der Christdemokraten und ihres einzigen Parlamentsabgeordneten zu verkräften, die sich gleichzeitig dem neugebildeten Polo Social des Geistlichen Luis Farinello (63) anschlossen. Für weiteren Konfliktstoff sorgte Präsident Fernando de la Rúa dadurch, dass er Verände-

■ **Das Abgeordnetenhaus votierte bei seiner Gesamtzustimmung zum Haushalt am 30. November nämlich auch gegen bestimmte Einzelprojekte, etwa den wichtigen Artikel 58, der eine Modernisierung des Staates, eine Verkleinerung seines Apparats mit Straffung nachgeordneter Behörden, Tertiärisierungen, weiteren Privatisierungen und Personalabbau vorgesehen hätte.**

rungen der Altersversorgung kurzerhand per Dekret verordnete, statt im Parlament auf Mehrheitssuche zu gehen. Wiederum kommt eindeutig Ablehnung aus den Reihen des FREPASO, die nach der Sommerpause im März 2001 gemeinsam mit dem oppositionellen PJ versuchen will, diese Reform rückgängig zu machen. Derzeit versucht Alvarez den Spagat: Ohne in die Regierung zurückzukehren – auch hierüber allerdings gibt es Spekulationen – versorgt er den Präsidenten mit Vorschlägen, wie der Zusammenhalt der Allianz gestärkt und das Profil der Regierung geschärft werden könnte. Für Aufsehen sorgte dabei insbesondere seine Initiative zur Einbindung des ehemaligen Wirtschaftsministers Domingo Cavallo ins Kabinett, für die Schaffung eines starken „Produktionsministeriums“ und für eine weitgehende politische Reform.

■ Immerhin halten es die Optimisten für möglich, dass verschiedene äußere Faktoren Argentinien im Jahre 2001 begünstigen und der Regierung Spielraum verschaffen könnten. Die „Panzerung“ sei dabei eine notwendige, wenn auch keinesfalls hinreichende Voraussetzung, um im Jahr 2001 auf den Wachstumspfad zurückzukehren.

Immerhin halten es die Optimisten für möglich, dass verschiedene äußere Faktoren Argentinien im Jahre 2001 begünstigen und der Regierung Spielraum verschaffen könnten. Die „Panzerung“ sei dabei eine notwendige, wenn auch keinesfalls hinreichende Voraussetzung, um im Jahr 2001 auf den Wachstumspfad zurückzukehren. Auch im günstigen Fall, so die Deutsch-Argentinische Handelskammer in ihrem Dezember 2000-Bericht, dürfte das Wachstum mit Raten zwischen 1,4 und 2,5 Prozent eher moderat ausfallen. Immerhin ist das Länderrisiko nach dem *blindaje* erst einmal deutlich gesunken. Zusätzlich könnte ein sinkendes Zinsniveau in den USA bei einer moderaten Abschwächung der dortigen Konjunktur die Zinslasten für Argentinien's Auslandsschuld verringern, ohne gleichzeitig rezessiv negativ auszustrahlen. Ein widererstarkender Euro könnte die argentinischen Exporte in diese wichtige Region ankurbeln und wieder wettbewerbsfähig machen, abgesehen vom positiven Faktor derzeit steigender Rohstoffpreise, die Argentinien begünstigen. Und schließlich könnte ein weiter starkes Wirtschaftswachstum beim wichtigsten Handelspartner Brasilien Absatzmärkte sichern, die auf Wachstum und Beschäftigung in Argentinien zurückstrahlen. Wichtig wären in diesem Zusammenhang wohl auch neue Impulse für das Integrationsprojekt MERCOSUR, das in den letzten Monaten merklich ins Stolpern gekommen ist. Die Aufnahme von Verhandlungen

zwischen dem Wunschpartner Chile und den USA über ein Freihandelsabkommen, schon im Vorgriff auf die für 2005 angepeilte allamerikanische Freihandelszone ALCA, wurde als weiterer Rückschlag empfunden. Gleichwohl könnte sich für Argentinien, bei einer Koppelung dieses Szenarios mit internen Reformen und einer klugen Nutzung der Finanzmittel aus dem *blindaje* ein durchaus verheißungsvolles Panorama ergeben. Der Konjunktiv allerdings bleibt überdeutlich sichtbar: Könnte!

### ■ Was passiert im Jahr 2001?

Unsicherheiten gibt es mehr als genug. Sie und fehlendes Vertrauen sind es vor allem, die das Land, wie dargestellt, seit geraumer Zeit mit sich selbst beschäftigen lassen und auch sichtbare Erfolge wie den des Hilfspakets sofort wieder relativieren. Die Folge ist anhaltender Pessimismus und eine immer geringere Zustimmung zur Regierung und ihrer Politik. Nur acht Prozent der Bevölkerung im Großraum Buenos Aires (er kann als durchaus repräsentativ für das Land gelten), so eine Studie von Carlos Fara, die die Konrad-Adenauer-Stiftung Ende November nach einem knappen Jahr de la Rúa-Regierung vorstellte, haben noch einen positiven Eindruck von der Regierung und gar nur fünf Prozent von ihrer Wirtschaftspolitik. Von den Argentinern wird inzwischen die Regierungszeit Menems deutlich positiver gesehen als die de la Ruas. Eine Mehrheit der Bevölkerung erwartet einen Zusammenbruch der Allianz und setzt vier Oppositionspolitiker auf die besten Plätze öffentlicher Zustimmung: den Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Carlos Ruckauf, den Amtsinhaber in Córdoba, José Manuel de la Sota, seinen Kollegen in Santa Fé, Carlos Reutemann, und sogar den gescheiterten Präsidentschaftskandidaten des PJ, Eduardo Duhalde. Das Image von de la Ruas Kabinett kann demgegenüber nur als verheerend bezeichnet werden: den höchsten Zustimmungswert erreicht noch Innenminister Storani mit 21 Prozent, Sozialministerin Fernandez Meijide kommt auf magere 14 Prozent. Interessant immerhin, dass die Bürger trotz aller Politikverdrossenheit für Abenteuer nicht zu gewinnen sind. Zu den etablierten Kräften sehen sie kaum eine Alternative, es überwiegt ein gewisser Strukturkonservatismus und Realismus. Dass gleich-

■ Von den Argentinern wird inzwischen die Regierungszeit Menems deutlich positiver gesehen als die de la Ruas. Eine Mehrheit der Bevölkerung erwartet einen Zusammenbruch der Allianz und setzt vier Oppositionspolitiker auf die besten Plätze öffentlicher Zustimmung: den Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Carlos Ruckauf, den Amtsinhaber in Córdoba, José Manuel de la Sota, seinen Kollegen in Santa Fé, Carlos Reutemann, und sogar den gescheiterten Präsidentschaftskandidaten des PJ, Eduardo Duhalde.

zeitig die Militärs keine politische Rolle mehr spielen und als Machtfaktor zu vernachlässigen sind, dieser Erfolg der Regierungszeit von Carlos Menem verdient es durchaus, gerade in Krisenzeiten erwähnt zu werden. Blickt man in andere südamerikanische Länder, ist dies so selbstverständlich nicht.

■ **Kein Wunder, wenn sich der oppositionelle PJ durchaus berechnete Hoffnungen machen kann, seine ohnehin schon starke Position noch auszubauen und sich damit eine exzellente Ausgangsposition für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 2003 zu schaffen.**

Kein Wunder also, wenn sich der oppositionelle PJ durchaus berechnete Hoffnungen machen kann, seine ohnehin schon starke Position noch auszubauen und sich damit eine exzellente Ausgangsposition für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 2003 zu schaffen. Noch nie, so der Leiter des Centro de Estudios Unión para la Nueva Mayoría, Rosendo Fraga, habe für eine Opposition in Argentinien so schnell nach einem Regierungswechsel erneut die glaubhafte Perspektive der Rückkehr an die Macht bestanden wie jetzt für den PJ. Die Partei hat bisher, entgegen der Einschätzung von interessierter Seite aus dem Regierungslager und manchen Medien, eine konstruktive Oppositionsrolle gespielt und die Mehrheit im Senat nicht für Obstruktion genutzt. Alle von der Regierung vorgeschlagenen Projekte sind, zum Teil mit Modifikationen, auch verabschiedet worden. Hier zeigt sich eine wichtige Weiterentwicklung der Partei während der Jahre der Regierung von Carlos Menem. Hätte, so Rosendo Fraga, der PJ von heute mit seiner deutlichen Mehrheit im Senat, seiner starken Minderheitsposition im Abgeordnetenhaus, den zwei Dritteln der argentinischen Provinzen, die von ihm regiert werden und seiner Verankerung in der Gewerkschaftsbewegung nach wie vor die Mentalität von 1985, wäre das Land für die gegenwärtige Allianz wohl unregierbar.

Allerdings mangelt es der Partei nach wie vor an einem klar erkennbaren Alternativkonzept zur Regierungspolitik. Vielmehr stehen Personalfragen im Vordergrund und beeinträchtigen ein klares Profil.

- Der noch bis 2002 gewählte Parteivorsitzende und Ex-Präsident Carlos Menem wird vor allem vom Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Carlos Ruckauf, offen herausgefordert, der vorzeitige parteiinterne Neuwahlen anstrebt und hierbei seinen Hut in den Ring werfen will. Für viele wichtige Politiker innerhalb des PJ besteht das Problem mit Menem darin, dass dieser immer wieder seine erneute Kandidatur für das

Präsidentenamt 2003 ins Spiel bringt und nicht bereit ist, die Rolle eines integrierenden *Elder statesman* zu übernehmen. Dies würde vermutlich seine Akzeptanz in Partei und Bevölkerung schlagartig erhöhen, zumal sich andere Aspiranten für die Führung nicht mehr in unmittelbarer Konkurrenz zu ihm definieren müssten. Derzeit sieht es allerdings nicht so aus, als würde Menem sein Wiederwahl-Projekt so schnell aufgeben. Intensiv reist er – nicht nur „optisch“ unterstützt durch seine Freundschaft mit der chilenischen TV-Moderatorin und Ex-Miss Universum, Cecilia Bolocco – durch Argentinien und versucht, eigene Strukturen neu aufzubauen und regionale Koalitionen zu schmieden. Aktiv nimmt er zur aktuellen Politik Stellung, immer wieder auch mit Vorstößen zugunsten der sogenannten Dollarisierung der argentinischen Währungspolitik, ohne die er eine Abwertung des Pesos mit unabsehbaren Folgen kaum ausschließt. Immer mehr wird zumindest klar, dass innerhalb des PJ zumindest kein Kandidat gegen Carlos Menem mit Aussicht auf Erfolg antreten kann.

- Der Gouverneur von Buenos Aires, der wichtigsten und größten argentinischen Provinz, Carlos Ruckauf, ist seit Monaten dabei, sich selbst in der vordersten Linie für die Präsidentschaftswahl 2003 zu positionieren. Seine Zustimmungswerte in Umfragen sowohl in der Provinz als auch auf nationaler Ebene sind nach wie vor ausgezeichnet, wenn sie auch kaum mit konkreten politischen Erfolgen verbunden sind. Ruckauf erweckt auf Beobachter mit zahlreichen seiner Entscheidungen den Eindruck, eher den Windrichtungen der öffentlichen Meinung als einer klaren politischen Linie zu folgen. Die Entscheidung für den umstrittenen Bürgermeister von San Miguel und Ex-Auführers Aldo Rico als Innenminister in seinem Kabinett – inzwischen musste dieser nach einer Serie von Problemen zurücktreten – markierte den Anfang einer ganzen Reihe von so interpretierbaren Maßnahmen. In einem Balanceakt suchte Ruckauf zunächst den engen Schulterschluss mit der nationalen Regierung, die für wichtige

■ Der Gouverneur von Buenos Aires, der wichtigsten und größten argentinischen Provinz, Carlos Ruckauf, ist seit Monaten dabei, sich selbst in der vordersten Linie für die Präsidentschaftswahl 2003 zu positionieren. Seine Zustimmungswerte in Umfragen sowohl in der Provinz als auch auf nationaler Ebene sind nach wie vor ausgezeichnet, wenn sie auch kaum mit konkreten politischen Erfolgen verbunden sind.

Zuwendungen an die Provinz verantwortlich ist, als auch mit deren schärfstem Widersacher, dem Chef der Lastwagenfahrer-Gewerkschaft und der CGT-Abspaltung, Hugo Moyano. Angesichts zurückgehender Popularitätswerte des Präsidenten ging Ruckauf auf Distanz und gehört jetzt zu den schärfsten Regierungskritikern. Gleichzeitig versucht Ruckauf, seine Position innerhalb des PJ zu stärken und sogar den Führer der Partei Nueva Dirigencia, Gustavo Beliz, wieder in die Arme des Peronismus zurückzuführen. Einen Beliz-Vertrauten, den bekannten und populären Fußball-Schiedsrichter Castrilli, integrierte er in seine Administration. Gegenüber Menem ist Ruckauf der aggressivste Kritiker, unterstützt dabei nicht zuletzt vom gescheiterten Präsidentschaftskandidaten des PJ, Eduardo Duhalde, der seinerseits offenbar ein Come back als Senator für 2001 mit Perspektiven auf die Gouverneurswahl 2003 anpeilt. Diese parteiinterne Machtkonkurrenz in seiner eigenen Provinz treibt Ruckauf nach vorn – macht ihn aber auch anfällig für Überreaktionen und Rückschläge.

■ Gut positioniert ist derzeit der Gouverneur der Provinz Córdoba, José Manuel de la Sota, der die glaubwürdigste politische Alternative zur nationalen Politik aufzeigt. Im Gegensatz zu de la Rúa senkte er in seiner Provinz die Steuern und konnte gleichwohl Einnahmeverbesserungen herbeiführen.

- Gut positioniert ist derzeit der Gouverneur der Provinz Córdoba, José Manuel de la Sota, der die glaubwürdigste politische Alternative zur nationalen Politik aufzeigt. Im Gegensatz zu de la Rúa senkte er in seiner Provinz die Steuern und konnte gleichwohl Einnahmeverbesserungen herbeiführen. 98,5 Prozent der hoch verschuldeten Gemeinden der Provinz motivierte er zu einem „Gesundungspakt“, gleichzeitig treibt er die Politik der Dezentralisierung mit höherer Autonomie der lokalen Ebene konsequent voran. Trotz einer Allianz-Mehrheit im Abgeordnetenhaus konnte er wichtige Privatisierungen durchsetzen und die Effizienz der öffentlichen Verwaltung erhöhen, derzeit arbeitet er unter Federführung seines Ministers Oscar González an einer überfälligen Polizeireform, die Vorbildcharakter für ganz Argentinien haben könnte. Unverkennbar geht de la Sota politisch ein hohes Tempo in einer Provinz, die jahrzehntelang von der UCR regiert und von ihm erst 1999 für den PJ erobert wurde.

De la Sota hat sicher nationale Ambitionen, kann es sich aber angesichts seines Alters und der Wiederwahlmöglichkeit als Gouverneur leisten, abzuwarten. Angriffe seines Gouverneurs-Kollegen Carlos Ruckauf – er kritisierte unter anderem die Kontakte de la Sotas zu Gewerkschaftschef Rodolfo Daer als *proyecto y convergencia menemista* – zeigen aber, dass dieser vor allem de la Sota als Konkurrenten für 2003 identifiziert hat. De la Sota seinerseits pflegt nach wie vor gute Beziehungen zu Carlos Menem, gleichzeitig aber stärkt er über eine koordinierte Politik der Región Centro mit der Provinz Santa Fé die Achse zu einem weiteren möglichen Präsidentschaftskandidaten, Carlos Reutemann.

- Carlos Reutemann ist als Gouverneur der wichtigen Provinz Santa Fé und ausgestattet mit hohen Sympathiewerten in der Bevölkerung ebenfalls ein aussichtsreicher Anwärter auf höhere politische Weihen, hält sich aber gleichzeitig am stärksten von allen möglichen Kandidaten öffentlich zurück. Auch lässt er sich kaum in gängige Strömungen und Debatten einordnen, die derzeit im Rahmen interner Allianzen des PJ zu beobachten sind. Sein persönlicher Stil dürfte dafür im Wesentlichen ausschlaggebend sein: Reutemann verzichtet bewusst auf Personenschutz und fährt seinen Wagen selbst. Er schätzt den direkten Bürgerkontakt und taucht immer wieder unvermutet und vor allem ohne Pressebegleitung an unterschiedlichen Orten der Provinz auf, um sich einen eigenen Eindruck zu verschaffen. Sein Vertrauen in seiner politischen Umgebung gilt einem eng begrenzten Kreis, bei dem Familienangehörige eine wichtige Rolle spielen. Seine Zurückhaltung schon im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 1999 lassen viele innerhalb und außerhalb der Partei aber mindestens daran zweifeln, ob er wirklich das Präsidentenamt anstrebt. Für Reutemann sicher keine unbequeme Position in turbulenten Zeiten.

■ **Carlos Reutemann ist als Gouverneur der wichtigen Provinz Santa Fé und ausgestattet mit hohen Sympathiewerten in der Bevölkerung ebenfalls ein aussichtsreicher Anwärter auf höhere politische Weihen, hält sich aber gleichzeitig am stärksten von allen möglichen Kandidaten öffentlich zurück.**

Trotz der Warnungen, dass die „Wettbewerbe“ innerhalb des Peronismus diesen eher schwächen und von den augenfälligen Problemen der Allianz-Regierung

■ In den großen Linien gibt es zwischen den Kandidaten eher geringe Abweichungen, zum Beispiel über die Rolle des Staates bei der Privatisierungs- und Deregulierungspolitik oder bei der Frage, welche sozialen Veränderungen das aktuelle Wirtschaftsmodell braucht.

ablenken, dürfte sich auf absehbare Zeit an der dargestellten Gemengelage nichts ändern. Zwar dürften Terrain-Gewinne zu einem so frühen Zeitpunkt keinem der möglichen Kandidaten entscheidende Vorteile bringen, gleichwohl ist für einige von ihnen die Versuchung offenbar unwiderstehlich. Hinzu kommt, dass die Medien dankbar jede entsprechende Regung aufgreifen und täglich ausführlich darstellen. Eine Personaldebatte ist eben allemal attraktiver für ein breites Publikum als eine Auseinandersetzung um Inhalte, und um Inhalte geht es bei der *interna* bestenfalls am Rande: In den großen Linien gibt es zwischen den Kandidaten eher geringe Abweichungen, zum Beispiel über die Rolle des Staates bei der Privatisierungs- und Deregulierungspolitik oder bei der Frage, welche sozialen Veränderungen das aktuelle Wirtschaftsmodell braucht.

Eine wichtige intervenierende Variable stellen das Verhalten von Domingo Cavallo und seiner *Acción por la República* da. Nach dem enttäuschenden Abschneiden seiner Kandidatur für das Bürgermeisteramt der Hauptstadt Buenos Aires – gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Partei *Nueva Dirigencia*, Gustavo Béliz, den er vorher in offenen Telefon-Internas beim Kampf um den Spitzenplatz geschlagen hatte, unterlag er deutlich dem Allianz-Tandem Aníbal Ibarra/Cecilia Felgueras – tauchte Cavallo zunächst etwas unter, kam dann aber im Zuge der ersten Wirtschaftskrise und der Tatsache, dass sein Name immer wieder als der des „Retters“ genannt wurde, schnell auf die Bühne zurück. Eine Mittelposition zwischen Allianz und Peronismus kommt ihm dabei zustatten. Hatte seine Kandidatur in Buenos Aires nachhaltige Unterstützung bei wichtigen PJ-Politikern gefunden, u.a. bei den Provinzgouverneuren Carlos Reutemann (Santa Fé) und José Manuel de la Sota (Córdoba), kokettiert Cavallo momentan auffällig mit einem Eintritt in eine Allianz-Regierung. Für die Senatswahlen im Oktober 2001 werden sich ihm sicher in den Provinzen alternative Koalitionsmöglichkeiten bieten, die seine Position im Senat weiter stärken dürften. Cavallo weiß, dass er jeder der beiden Seiten mit seiner Attraktivität für die obere Mittelschicht entscheidende Wählerstimmen zuführen könnte. Dies haben die Wahlsiege Menems – mit Cavallo – ebenso bewiesen wie die Wahlniederlage



Duhaldes – ohne bzw. gegen Cavallo. Derzeit hält sich der „Vater der Konvertibilität“ noch alle Optionen offen.

Die Stunde der Wahrheit kommt spätestens im Oktober 2001 mit den Wahlen zum Senat und zum Abgeordnetenhaus, wobei vor allem die genannten Gouverneure beweisen müssen, welches Standing sie auf eigenem Territorium haben. Der Senat wird dabei erstmals komplett direkt vom Volk gewählt. Bisher wurden die drei Senatoren pro Provinz von der regionalen Legislative bestimmt, wobei jeweils zwei Senatoren aus dem Mehrheitslager und einer aus dem Lager der ersten Minderheit kommen. An dieser Bestimmung wird sich zwar nichts ändern, gleichwohl könnte die Direktwahl bei mehreren aussichtsreichen Parteien Veränderungen bringen. Derzeit wird erwartet, dass die Mehrheit des PJ im Senat schwächer werden könnte, gleichzeitig aber eine Stärkung der Partei im Abgeordnetenhaus wahrscheinlich ist: Der letzte Urnengang 1997 hatte hier zu einem für den PJ ausgesprochen ungünstigen Zeitpunkt zur Halbzeit der Menem-Regierung und auf einem Tiefpunkt öffentlicher Wertschätzung stattgefunden. Diesmal hingegen dürfte dieser Zeitfaktor zuungunsten der Allianz-Parteien wirken.

Das Manuskript wurde am 12. Januar 2001 abgeschlossen.